

Portugal - Fassade und Wirklichkeit

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **67 (1973)**

Heft 1

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-142161>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Portugal — Fassade und Wirklichkeit

Portugal gibt sich den Anschein, seine afrikanischen Gebiete Angola und Mozambique liberaler behandeln zu wollen, indem es sie zu überseeischen «Staaten» statt «Provinzen des Mutterlandes» erhebt. Natürlich werden sie in Wirklichkeit weiter von Portugal aus regiert. Es lohnt sich nicht, die fadenscheinigen Erklärungen zu dieser Statusänderung, die nur der Täuschung dienen, im einzelnen zu studieren.

Was hinter der Fassade weiterhin vor sich geht, zeigt ein Brief Amílcar Cabral's, des Generalsekretärs für die Unabhängigkeit Portugiesisch Guineas und der Kap Verdischen Inseln, vom 23. Oktober 1972 datiert. Er ist an den Vierten Ausschuß der UNO-Generalversammlung gerichtet, und befaßt sich mit dem Terrorregime der portugiesischen Verwaltung auf den Kap Verdischen Inseln. Nachstehend der Wortlaut:

*

«Vor einigen Tagen wiesen wir vor den Vereinten Nationen und der Weltöffentlichkeit auf die ganz besonders schwere Situation in den Kap Verdischen Inseln hin, wo Zehntausende in Gefahr des Verhungerns sind und wo koloniale Unterdrückung täglich zunimmt.

Entgegen den Behauptungen der Lissabonner Regierung sind keine wirkungsvollen Maßnahmen ergriffen worden, um das Verhungern eines großen Teils der Bevölkerung zu verhindern, wie dies schon oft vorgekommen ist. Nachdem die Lissaboner Regierung bereits die humanitäre Hilfe des Schwedischen Roten Kreuzes zurückgewiesen hatte, die ihr durch das Internationale Komitee vom Roten Kreuz angeboten wurde, verweigern die portugiesischen Behörden hartnäckig die Annahme irgendwelcher internationalen Hilfe, die Hunderte, wenn nicht Tausende von Leben retten könnte. Was noch schlimmer ist, sie nützen die Situation aus, um die Befreiungs-Bewegung zu schwächen. So wurden zum Beispiel fünfzehntausend junge Arbeiter nach Portugal verfrachtet, wo sie in Bergwerken arbeiten oder die Straßen von Lissabon reinigen. Weitere zweitausend junge Männer aus Kap Verde werden in Portugal zwangsweise militärisch ausgebildet, damit sie nachher in die koloniale Armee eingereiht werden können. Viele von diesen Arbeitern und Rekruten sind im Gefängnis, weil sie gegen solche Maßnahmen rebellierten. Überdies ist Tarrafal, das Konzentrationslager auf Kap Verde selbst, voll von jungen Patrioten, unter ihnen der Lehrer Lineu Mizanda und die jungen Männer Luiz da Fonseca, Jaime Schoefield und viele andere.

Nach Berichten, die wir eben erhalten, haben sich kürzlich schwere Ereignisse in Praia, der Hauptstadt der Insel Sao Tiago, zugetragen. Am 21. September brachen, infolge einer Auseinandersetzung zwischen

einem Kap Verdianer und einem Mitglied der Militärpolizei Kämpfe aus, die sich im ganzen Stadtgebiet auf Bevölkerung und Unterdrückungskräfte ausbreiteten. Die Kolonialherren, die vom 21.-26. September den Belagerungszustand erklärten, nahmen viele Verhaftungen vor und konfiszierten aus den Läden alles, was irgendwie als Waffe gebraucht werden könnte. Der Gouverneur drohte am Radio mit scharfen Zwangsmaßnahmen für den Fall 'weiterer Verstöße gegen Ruhe und Ordnung'.

Angesichts dieser Situation, die zu tragischen Ereignissen führen kann, richten wir

Erstens einen dringenden Appell an die Vereinten Nationen und an alle Staaten, die diplomatische Beziehungen mit Portugal unterhalten, und bitten sie, sofort Sondermaßnahmen zu treffen, um die Lissaboner Regierung dazu zu bringen, jede internationale Hilfe anzunehmen, die Tausende von Menschen auf den Kap Verdischen Inseln vor dem Verhungern bewahren kann.

Zweitens: Indem wir auf dem unantastbaren Recht unseres Volkes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit bestehen, wie auf dem Recht alle Gebiete unseres nationalen Territoriums vom kolonialen Joch zu befreien — möchten wir vor aller Welt erklären, daß die Portugiesische Regierung allein die Verantwortung für die verbrecherische Politik zu tragen hat, die zu einem neuen Kolonialkrieg in Afrika führen wird.»

Red.

Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika:

Unterdrückung wird unterstützt

Das deutsch-südafrikanische Kulturabkommen
bedroht die Völkerverständigung

Bönnigheim (bei Frankfurt) (dt). Von Bönnigheim aus sind seit einiger Zeit im Blick auf Südafrika einige Initiativen im kirchlichen und politischen Raum unternommen worden, die eine teilweise recht heftige Auseinandersetzung weit über Bönnigheim hinaus ausgelöst haben. Das hängt zusammen mit den Erfahrungen von Pfarrer Schmidt, die er während seines fünfjährigen Dienstes in Bantu- und Mischlingsgemeinden Südafrikas gesammelt hat, zu dem ihn die Kirchenleitung und die Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Württemberg freigestellt hatte.

Pfarrer Schmidt gehört zu dem «Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika», zu dem sich einst in Süd- oder Südwestafrika tätige kirchliche Mitarbeiter zusammengeschlossen haben, um gewisse Anliegen in Kirche und Öffentlichkeit besser zu Gehör zu bringen. Dieser Arbeitskreis tagte am 1. und 2. November in Bönnigheim, wobei er auch hohen Besuch aus